

Zwei Fernschiffe von aber im Endpunkt sah man dem halben Duhend n Siegestreifer aus-

stetter Aufstellung, und Friebe, Deverman, mann, Behning, Raulf, mann, Wiele, Rulpe, uch, Begele, Ollage,

ich es 1:0 für Bo- mer eine Reichsflanke te erhöhte der Rhe- 2:0. Zehn Minuten ren 10 Minuten 4:0. 3. Minute nicht ener- sten Gegenteiler und Heintmann auf 4:2. durch die derbe Spie- Nach 4 Minuten läßt os, der bei dem Rhe- ähnt, unter der Latte allerdings besser plas- t widerstandslos pas- Initiative und schließt

erschafft.

en. und Spielverein

konnten in Coesfeld e stehenden Vereine ünkter nicht zur ünkter wurde damit ner trugen ein Ge- Spielverein Coesfeld uch das darauf- mit 43:38 gewonnen.

ries 2:6 (2:2).

arte ein sehr gutes öhen Widerstand, so önd. Dann lehte sich as bessere Wurfver-

n „Ersten Schritt“

Münster, 29. Mai.

esem Jahre im gan- rupp-Werte Viele- enscheidungen fand ung deutscher Kade- te kurz nach 9 Uhr bed, Welsler 30 ung konnten fast 30 f die Reile geschäft Spurfrage des 16- a vor dem ger- a 7. August zur

Münster, 1:11:43,3.

Silrup, 2 Gg., 4.

Münster, 1 Gg., 6.

7. v. Tomasjewski,

ant, Albadten, 10.

nter, 12. Salmen

en.

festes veranstaltete der neuen Alpbalt- die Teilnahme des Bremen) eine be-

ronjäger, Bremen,

er, Linen, 19 Set,

ippers, Emsbeten,

ben, Münster, 20

itten, 2 Rd. zurück,

3 Rd. zur. 8 W.

1. Garbe-Fiedler,

e, Bremen, 31 W.

ellen- u. Schlauch-

paraturen

sowie Erneuerung der Laufflächen werden bei enorm herabgesetzten Preisen Garantie prompt und ausser Acht gelassen

Leo Bronk

an-u. Projektkanal

ter L. W., Bremer Str. 41

Tel. 403 07

hrten

1 1/2-Schnell-

wagen werden zuverlässig und art ausgeliefert

ster L. W.

21464/26554

an- u. Projektkanal

ter L. W., Bremer Str. 41

Tel. 403 07

hrten

1 1/2-Schnell-

wagen werden zuverlässig und art ausgeliefert

ster L. W.

21464/26554

an- u. Projektkanal

ter L. W., Bremer Str. 41

Tel. 403 07

hrten

1 1/2-Schnell-

wagen werden zuverlässig und art ausgeliefert

ster L. W.

21464/26554

an- u. Projektkanal

ter L. W., Bremer Str. 41

Tel. 403 07

hrten

1 1/2-Schnell-

Kunstlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisteramt und Beamten des Kreises Borken.

Postversteigerung: Dortmund.

Geldgeschäfte: Bocholt, Realstr. 14. Fernsprech. - Sammel. Nr. 3064. - Abende: 30. Feinheits. - Anhalt: 30. Wollung. - Wert: 30. Parass. - 31.1.1. burg: Johann Weiling. Ringenberg: Schiele. betzins. - Dingden: Willy Schmitz.

Organ der Zentrumspartei.

Rheider Volkszeitung.

Familien Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken.

Bocholter u. Jfelburger Zeitung.

Postversteigerung: Bocholt.

Wohnung im Monat: 2-3, im Haus, gerichtet ein- 35 Wg. Bodenfläche 230 qm, durch die Wg. ein- 42 Wg. Bodenfläche 252 qm. In beiden Wg. Keller, mit Estrich, Speise, Kuchenschrank, Wg. hat der Besitzer einen Wg. pruden auf die Wg. abzugeben.

Wohnungsmietpreis: Für das einjährige Mietverhältnis 12 Wg., 10 Jahre Mietvertrag 7,7 Wg., Familienmietvertrag 7,7 Wg., kleine (Kleingewerbe-) Mietvertrag 6,6 Wg., 10 Jahre Mietvertrag 6,6 Wg., 10 Jahre Mietvertrag 6,6 Wg. Für den allgemeinen (Jahres-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Abgabe von Mietvertrag, Kaufvertrag, etc. der demselben Kasse ist - Gebühren und - für den Teil der Wg.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Nummer 150

Mittwoch, den 1. Juni 1932

Jahrgang 1932

Pferdewechsel im reisenden Strom.

Der Reichspräsident hat sich von Dr. Brüning getrennt, um nicht etwa, was nach der parteipolitischen Entwicklung nahe gelegen hätte, einem Nationalsozialisten, sondern dem Vorsitzenden des Ausschusses der „Germania“, Franz von Papen, die Bildung des neuen Kabinetts zu übertragen. Es soll den Namen einer „Regierung der nationalen Konzentration“ tragen. Die Persönlichkeiten, die der designierte Reichsführer in Aussicht genommen und der Öffentlichkeit namhaft gemacht hat, ohne sich anscheinend vorher schon ihrer Zustimmung vergewissert zu haben, sind durchweg rechtsstehende Männer mit Ausnahme des Reichspostministers Schädel, bei dem es uns überdies zweifelhaft erscheint, ob er die Zustimmung der Bayerischen Volkspartei zum Übertritt in ein Kabinett von Papen schon erhalten hat, auf die er bisher stets größtes Gewicht legte. Freilich von Gayl, früherer Leiter der Ostpreussischen Landgesellschaft, dann nach dem Krieg Völkischemissionar in Ostpreußen, ist seit Jahren deutschnationaler Vertreter Ostpreußens im Reichsrat. Das auswärtige Amt ist dem Völkischer in London von Neurath zugeordnet worden. Professor Warmbold gehörte bekanntlich bis vor kurzem als Wirtschaftsmann dem Kabinett Brüning an, das er verließ, weil er mit dem Reichsarbeitsminister Stegerwald nicht übereinstimmte. Der als Mann mit erheblichen Energien bekannte Reichspräsidentenkommissar Gördele, Oberbürgermeister von Leipzig, war eben erst, wie in der Öffentlichkeit noch kaum bekannt geworden ist, von der Deutschen Nationalen, von denen er sich im Dezember formell getrennt hat, um die Preislenkung im Auftrage des Kabinetts Brüning durchzuführen, als preussischer Ministerpräsident offiziell worden. Diesem Angebot ist man aber im Landtag vom Zentrum nicht näher getreten. Doch sollte er in dem Kabinett Brüning, wenn der Reichspräsident mit der geplanten Umänderung einverstanden gewesen wäre, das Reichsinnenministerium übernehmen. Von den beiden bekannten Freikörpern von Linde, dem rheinischen und dem westfälischen Landwirtschaftsministerpräsidenten, soll anscheinend der rheinische Vetter, ein dem Zentrum wenig gesonnener Mann, Nachfolger Schiele werden. Der Justizminister Joel wird offenbar bleiben, und Nachfolger Groenens soll sein bisheriger Staatssekretär im Reichswehrministerium, der General, der ihn wegen des S-Werks und wegen seiner reichlich gestammelten Reichstagsrede stürzte, der Chef des Kriegsamts von Schiele, werden. Und dies ist, wenn uns nicht alles täuscht, der Mann, der zum allermindesten mit dazu beigetragen hat, daß der Reichspräsident Herrn von Papen den Auftrag zur Kabinettsbildung erteilt hat.

Allerdings war dieser bisher im Hause des Reichspräsidenten nicht unbekannt, aber bekannter ist er ohne Frage mit dem an Jahren nur wenig jüngeren General von Schiele, zu dem er schon aus der Zeit vor dem Kriege enge Beziehungen hat. Sowohl Herr von Papen, wie Freiherr von Gayl, wie Schiele und Freiherr von Linde waren Gegner des innerpolitischen Kurses, den Brüning innehielt, nach unserer Überzeugung innehalten mußte, nachdem Eugenberg die Einladung Brünings zur Mitarbeit abgelehnt hatte und alles daran setzte, in Verbindung mit Hitler „das System“ zu stürzen. Der Kurswechsel, der dem Reichspräsidenten von seinen geheimen Beratern nahegelegt worden ist, wäre also garantiert. Daran zweifelt auch wohl keiner, der die in den letzten zwölf Monaten gehaltenen Reden des Herrn von Papen, die stark die Sezessionierung der Nationalsozialisten zur Verantwortung betonten, im Erinnerung hat. Dabei muß man sich freilich wundern, daß er sein Kabinett ohne einen Nationalsozialisten zu bilden versucht. Will er damit den Übergangscharakter dieser Regierung betonen? Außenpolitisch hat sich der voraussetzliche Nachfolger Brünings stets für eine deutsch-französische Verständigung interessiert. Mit einer Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik wäre ohne Frage zu rechnen.

Ob Herr von Papen, der sicherlich ein Krieger, wenn auch, wie uns scheint, etwas nervöser Kopf, ein Mann von durchaus anständiger Gesinnung, ein Kavallerist vom Scheitel bis zur Sohle ist, die Fähigkeiten hat, die die Führung der Reichsgeschäfte erfordert, darüber wollen wir im Augenblick nicht reden. Aber das muß man doch sagen, daß seine Betrauung mit der Reichsführerschaft Brünings nicht nur eine Handlung ist, die sowohl nach der aktiven wie passiven Seite einen Affront für das Zentrum, insbesondere für den bisherigen Reichsführer, darstellt, sondern auch daß dieser Pferdewechsel im reisenden Strom vierzehn Tage vor Lauffahrt im In- und Ausland schwerlich mit dem Wechsel eines ausgezeichneten Kutschers mit einem gleichwertigen oder gar besseren Araberhengst verglichen werden dürfte. Denn daß Dr. Brüning ein Staatsmann ist, von großem politischen Format, von umfassendem Wissen, von einer Lauterkeit der Gesinnung, wie sie heute nicht häufig anzutreffen ist, von unbeflecktem Ansehen im Ausland, ein Mann, von dem man nicht zu glauben vermag, daß seine Rolle schon ausgespielt sein soll, das geben heute auch

Blätter zu, die seine Politik aus inneren Gründen bekämpfen haben. In den verschiedensten Zeitungen, von denen man es gar nicht annehmen sollte, klang zunächst die Hoffnung durch, daß er die Leitung des auswärtigen Amtes behalten werde. Wir wissen, daß sie ihm auch bei der Ueberreichung seines Rücktrittsgesuches angeboten worden ist, daß er aber dieses Angebot zwar höflich, jedoch ganz bestimmt abgelehnt hat. Wenn die Strafkasse der nationalsozialistischen Presse dagegen ihn einen „unheilvollen Politiker“ nennen, den hoffentlich das deutsche Volk nie mehr wieder auf einem Ministerstuhl finden werde, so kann das die Persönlichkeit Brünings weder politisch noch menschlich berühren. Seine Zeit wird wiederkommen, vielleicht eher, als seine Gegner es sich träumen. Aber schon der Nachfolger Brünings als Reichsführer, ob es nun wirklich Herr von Papen sein wird oder ein anderer, wird es bald spüren, daß es nicht gleichgültig ist, wen man, um Anerkennung zu finden und sich durchzusetzen, als Vorgänger hatte. Stünde nicht augenblicklich die Kanzlerfrage von

Papen im Vordergrund, so wäre ein längeres Verweilen bei Brüning und seiner mehr als zweijährigen Leitung der Geschäfte Deutschlands hier für uns eine Selbstverständlichkeit. So aber müssen wir uns diese Würdigung seiner Leistung in schwerer deutscher Notzeit noch vorbehalten, um nicht den zur Verfügung stehenden Raum zu überschreiten.

Ob von Papen vor dem Reichstag bestehen wird, erscheint uns sehr zweifelhaft. Fast scheint es, als ob er nur den Auftrag habe, den Reichstag zur Auflösung zu bringen und Neuwahlen herbeizuführen. Die gesamte Linke lehnt ihn ab, und anscheinend sind auch die Nationalsozialisten mit dieser Lösung der Regierungsfrage nicht einverstanden. Mag sie auch insofern dem demokratischen Brauch entsprechen, daß ein Mann der Kräfte, die den Rücktritt der Regierung herbeigeführt haben, das neue Kabinett zu bilden hat, so wäre nach den parteipolitischen Kräfteverhältnissen doch ohne Zweifel ein Nationalsozialist als Kanzler das Gebotene gewesen, damit diese Partei endlich Gelegenheit bekäme, zu zeigen, ob in ihr staatsmännische Fähigkeiten

enthalten sind, die den starken Worten ihrer Führer und dem Zulauf entsprechen, die sie in den letzten Jahren und jüngst in steigendem Maße zu verzeichnen hatte. Wir hätten es jedenfalls begrüßt, wenn Hitler und seine Gefolgsleute aus der Rube gekommen wären. So wird dem deutschen Volk diese Gelegenheit zur Ernüchterung vielleicht erst gegeben werden, wenn im Herbst nach neuer Aufspaltung der Leidenhaften Reichstagswahlen hinter uns liegen. Daß das Zentrum, dem Herrn von Papen jetzt, wenn auch nicht als katholischer Politiker, nicht in seinen ethischen Grundanschauungen, so doch formell den Rücken gekehrt hat, Neuwahlen nicht zu fürchten hat, das braucht kaum besonders betont zu werden. Das Zentrum kann als Partei der weiteren Entwicklung, so wenig erfreulich sie für Deutschland vermutlich sein wird, in Ruhe entgegensehen. Aber die Partei ist gegenwärtig Lebensfrage. Im Vordergrund steht das Wohl des Vaterlandes, das Wohl der Nation. Hoffentlich gereicht die nächste Entwicklung Land und Volk nicht zum Schaden! *

Bildung eines Kabinetts von Papen.

Eine „Regierung der nationalen Konzentration“.

(Berlin, 31. Mai.)

Amlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident empfing heute Herrn von Papen und erteilte ihm den Auftrag zur Bildung einer Regierung der nationalen Konzentration. Herr v. Papen hat diesen Auftrag angenommen.

Hierzu meldet das Kont-Büro: Die Beauftragung v. Papens mit der Neubildung der Regierung zeigt, daß der Reichspräsident mit seinen Parteiführerbesprechungen programmatisch zu Ende gekommen ist. Der Auftrag ist jedoch sogar noch schneller erteilt worden, als man ursprünglich erwartete. Herr v. Papen wird sich nun morgen mit den Persönlichkeiten in Verbindung setzen, die für das neue Kabinett in Frage kommen. Er wird voraussichtlich spätestens Donnerstag vormittag, wahrscheinlich aber bereits morgen im Laufe des Tages, mit der Kabinettsbildung soweit fertig sein, daß er dem Reichspräsidenten die Ernennung der Minister vorschlagen kann.

Herr von Papen hat nach übereinstimmender Meinung der Berliner Nachrichtenbüros für die verschiedenen Ministerien folgende Persönlichkeiten in Aussicht genommen:

Innere: Freiherr v. Gayl.
Außere: Reichsführer von Neurath.
Reichswehr: General von Schleicher.
Wirtschaft: Warmbold.
Arbeit: Gördele.
Landwirtschaft: Freiherr v. Linde.
Post: Schädel.
Justiz: Joel.

Herr von Papen wird die in Frage kommenden Persönlichkeiten im Laufe des morgigen Tages empfangen, um an sie die Frage zu richten, ob sie bereit seien, die angetragenen Ämter zu übernehmen.

Unbefestigt sind nach dieser Ministerliste noch das Finanzministerium und das Verkehrsministerium.

Wie die Telegraphen-Union meldet, wird Herr von Papen aus der Zentrumspartei ausgescheiden.

Franz von Papen wurde am 20. Oktober 1879 in Berlin (Westf.) geboren und war ursprünglich Offizier im Dillfeld.

Der Dollar in Not.

Hoovers neues Programm.

(Washington, 31. Mai.)

Der amerikanische Senat hatte am Dienstag nachmittag einen großen Tag. In Anbetracht der Notlage des Haushalts gab Präsident Hoover vor vollendetem Hause bei überfüllten Galerien persönlich eine Erklärung zur Steuerfrage ab. Er legte ein Programm vor, das folgende drei Punkte umfaßt: Haushaltsausgleich, Dollarstabilisierung und Arbeitsbeschäftigung. Hoover führte im einzelnen etwa folgendes aus:

Ich fühle mich verpflichtet, den Senat von der Notlage zu unterrichten, die sich in den letzten Tagen entwickelt hat.

Die Abwärtsbewegung im Wirtschaftsebenen der Vereinigten Staaten hat sich besonders in den letzten Tagen beschleunigt.

Neben anderen Gründen hat der verzögerte Haushaltsausgleich im Auslande Zweifel und Befürchtungen hervorgerufen, ob die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Verpflichtungen noch erfüllen könne. Die Folge davon sind große Goldabgänge gewesen.

Der Dollar ist im Auslande entwertet worden. Die Vereinigten Staaten haben jedoch genügend Hilfsmittel, um durch die Krise hindurchzukommen.

Hoover verlangte dann vom Senat ein schnelles Handeln. Er forderte die Bildung eines außerparteilichen Wirtschaftsausschusses zur Ausarbeitung weiterer Sparmaßnahmen unter Berücksichtigung einer gerechten Verteilung der Lasten. Mit der allgemeinen Verbrauchssteuer (General Sales Tax) erklärte sich Hoover nicht einverstanden. Er befürwortete hingegen eine begrenzte Verkaufssteuer von 1,75 v. H. Eine Ausdehnung des Notstandsarbeitsprogramms lehnte er ab. Die Notwendigkeit der Erwerbslosenhilfe, jedoch nur durch die bereits bestehenden Anstalten (hauptsächlich durch die Finanzrekonstruktionsgesellschaft) erkannt zu sein. Die Tatsache, daß der Kongress Vorschläge bezüglich der Beschäftigung mache, begünstigte er mit der schweren Verantwortung, die auf seinen Schultern liege.

Hoover verließ sein Programm mit zitternden Händen.

Während seiner Ausführungen war er anscheinend infolge Ueberarbeitung sehr nervös. Er sprach flüchtig und unklar. Nachdem er geschlossen hatte, wurde ihm kurzer

Beifall zuteil. Hoover fuhr sofort nach dem Weißen Hause zurück. Seine Rede machte nur geringen Eindruck. In Washingtoner amtlichen Kreisen weist man besonders darauf hin, daß es das erste Mal gewesen sei, daß Hoover vor dem Senat und nicht vor dem ganzen Kongress gesprochen habe. Die Polizei hatte vor dem Senatgebäude große Verhärkungen zusammengezogen, da man mit kommunistischen Rundgebeten rechnete.

Ablehnung des Verkaufssteuervorschlages.

(Washington, 31. Mai.)

Der Finanzausschuß des Senats hat am Dienstag nachmittag die von Hoover vorgeschlagene begrenzte Verkaufssteuer mit 12 gegen 8 Stimmen bereits eine Viertelstunde nachdem Hoover seine Rede geschlossen hatte, abgelehnt. Die Vollerammlung des Senats hatte vor der Rede Hoovers einen Antrag auf Wiedereinführung der hohen Einkommensteuer für das Jahr 1922 angenommen. Danach beträgt für die ersten vierhundert Dollar die Einkommensteuer 4 v. H. Die Höchststeuern sind bis zu 55 v. H. belastet. Diese Einkommensteueränderung soll jährlich 225 Millionen Dollar ergeben.

Amerikas Bedingungen zur Teilnahme an einer internationalen Konferenz.

(Washington, 31. Mai. (Reuter.)

Wie an maßgebender Stelle verlautet, würden die Vereinigten Staaten wahrscheinlich zu einer nach der Lausanner Konferenz stattfindenden Konferenz einen Vertreter entsenden und eine Einladung zu einer solchen Konferenz voraussetzlich annehmen, wenn die Lausanner Konferenz zu einer Einigung über die Reparationen gelangen und so den Weg zu einer allgemeinen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Verbündeten einerseits und Frankreich, Italien und Großbritannien andererseits zwecks endgültiger aufbauender Arbeit vorbereiten würde.

dorfer 5. Manenregiment. Seit 1911 im Großen Generalstab verwendet, war er während des Krieges Militärattaché bei der deutschen Botschaft in Washington, wo ihm vorgeworfen wurde, daß er verschiedene Agenten gegen amerikanische Munitionsfabriken in Szene gesetzt habe.

Nach dem Kriege nahm er den Abschied. Er kaufte das Gut Werfeld bei Dülmen und wurde 1921 im Wahlkreis Westfalen-Nord in den Preussischen Landtag gewählt, wo er bekanntlich wiederholt zu seiner Fraktion in Widerspruch geriet. Er ist Aufsichtsratsvorsitzender und Besitzer eines großen Aktienpakets der „Germania“, deren Politik er, namentlich in jüngster Zeit, durch eine entsprechende Personalpolitik von ihrem früheren Kurs zu einem mehr konservativen politischen Kurs zu wandeln versucht war. Das Gut Werfeld hat Herr von Papen seit einiger Zeit ausgegeben, um seinen Wohnsitz im Saargebiet zu nehmen, wo er industriell interessiert ist. Zu der letzten Landtagswahl ist er in Westfalen-Nord nicht wieder aufgestellt worden, wobei allerdings auch die Verlegung seines Wohnsitzes mitgesprochen hat. Sein Nachfolger im Landtag wurde Graf von Galen.

Die Meinung maßgeblicher Zentrumskreise.

Wie man in den führenden Kreisen der Zentrumspartei über die Bildung des neuen Kabinetts durch Herrn von Papen denkt, geben folgende Bemerkungen unserer Berliner Redaktion wieder:

Die Beauftragung des früheren Zentrumsabgeordneten im Preussischen Landtag, Herrn von Papen, mit der Bildung eines nationalen Konzentrationskabinetts ist wohl mehr der Ausdruck einer Verzweiflung als die beabsichtigte Meisterung der verfahrenen Lage. Reichspräsident von Hindenburg wurde von seinen Vertrauensleuten offenbar nicht gut beraten. Wenn in der Wilhelmstraße tatsächlich die Meinung herrschen sollte, daß Herr von Papen als ein Vertrauensmann des Zentrums angesehen werden könne, so ist dies eine große Täuschung. Herr von Papen war immer ein Außenleiter und die Tatsache, daß er nicht mehr für den Preussischen Landtag aufgestellt wurde, dürfte zeigen, daß er beim Zentrum keine Rolle mehr spielt. Wenn er bereit ist, dem Wunsch des Reichspräsidenten Folge zu leisten, so tut er es nur für seine eigene Person. Die Parteileitung des Zentrums wird es ablehnen, daß etwas im Namen des Zentrums geschieht, was von ihr nicht sanctioniert ist. Wer ohne Zustimmung mit der Parteileitung eine Zentrumsrolle irgend welcher Art spielen will, kann diese Sanction niemals bekommen. Wenn Herr von Papen somit sein Kabinett bilden und selbst Reichsführer werden sollte, so hat diese Mission mit der Zentrumspartei nichts zu tun.

Die Ansicht der Nationalsozialisten.

(Berlin, 31. Mai.)

Wie dem Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger von nationalsozialistischer Seite erklärt wird, nahmen die getriggerten Besprechungen Hitlers und Görings mit dem Reichspräsidenten einen befriedigenden Verlauf. Dieser Eindruck bei den nationalsozialistischen Unterhändlern sei darauf zurückzuführen, daß Reichspräsident von Hindenburg sich in dem Gespräch nicht abgeneigt gezeigt habe, einer neuen Regierung die Ermächtigung zur Reichstagsauflösung zu geben. Im übrigen dürfte Hitler erklären haben, daß für die Nationalsozialisten keine Regierung, wie sie auch immer aussehen möge, tragbar wäre, die den Charakter einer Kompromißregierung haben würde. Andererseits aber reit nicht nur die Regierung, sondern die volle Verantwortung zu übernehmen, immer allerdings unter der Voraussetzung, daß der Reichstag neu gewählt werde. Hitler dürfte aber darüber keinen Zweifel gelassen haben, daß von Papen nicht auf eine Exekution durch die Nationalsozialisten rechnen könne. In nationalsozialistischen Kreisen denke man sich die Entwicklung so, daß ein

Kabinett unter nationalsozialistischer Führung und der Beteiligung der Deutschen Nationalen, vielleicht auch der Deutschen Volkspartei, gebildet werden, das mit einer Regierungserklärung vor den Reichstag tritt und diesen dann auflöst. Die Einberufung des Reichstages müßte dann allerdings so verzögert werden, daß die Neuwahlen, die spätestens am 30. Tage nach der Auflösung stattfinden müssen, erst nach der Ernte, also Mitte September, vorgenommen werden könnten. Nach Ablauf II des Artikels 28 müßte der neue Reichstag dann zum ersten Male spätestens am 30. Tage nach der Wahl zusammentreten.

Gegenüber dem neuen Kabinett umreißt der „Angriff“ die Haltung der Nationalsozialisten u. a. wie folgt: Wir wollen nicht, daß Herr Brüning in irgendeiner Weise, sei es als Außenminister oder sonstwie, Einfluß behält. Wir wollen ferner nicht, daß irgend einer der Männer des alten Kabinetts Brüning wieder erreicht, seien es nun Dietrich, Groener oder sonst wer. Hierin gibt es keinerlei Anknüpfungspunkte an Vergangenes. Daß das an der SW durch das ungerechtfertigte Verbot begangene Unrecht schnellstmöglich wieder gutgemacht werden muß, halten wir für eine glatte Selbstverständlichkeit neben einigen anderen, was man als Mindestprogramm ansehen muß.

Die Besetzung des Reichsfinanzministeriums.

Berlin, 31. Mai.

Wie wir erfahren, rechnet man in unterrichteten Kreisen damit, daß v. Papen sich für die Besetzung des Finanzministeriums in erster Linie an Geheimrat Schmitz, den ja schon früher vielfach genannten Finanzfachverständigen der S. G. Farben, und an den Ministerialdirektor Graf Schwerin von Krosigk wenden wird. Graf Schwerin ist bekanntlich der Leiter der Staatsabteilung des Reichsfinanzministeriums. Die Verdienste des Grafen Schwerin sind von Dr. Brüning besonders anerkennend hervorgehoben worden, als er kürzlich den internationalen Finanzfachverständigen in Basel die schwierigen deutschen Staatsverhältnisse klargemacht hatte.

Die Aufgaben der neuen Regierung.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 31. Mai (Drahtb.).

In politischen Kreisen wird ernsthaft davon gesprochen, daß es im Spätsommer wahrscheinlich zu Neuwahlen für den Reichstag kommen wird. Wichtiger als die Sorge um Neuwahlen ist die Frage, welche Aufgaben die neue Regierung lösen muß und wie sie sie lösen kann. Außenpolitisch hat der Rücktritt Brünings ohne Zweifel zu ungünstigen der deutschen Stellung gewirkt. Wenn schon in letzter Zeit mehrere Stimmen laut wurden, die sich für eine Verschiebung der Lausanner Konferenz aussprachen, so kann es jetzt schon beinahe als sicher gelten, daß die für Mitte Juni beabsichtigte Konferenz nicht stattfinden wird. Es müssen daher Mittel und Wege gefunden werden, um nach Ablauf des Hoover-Jahres über den 1. Juli hinwegzukommen. Innenpolitisch werden der neuen Regierung auch keine anderen Maßnahmen zur Verfügung stehen, als sie vom Kabinett Brüning hätten getroffen werden können. Die Reichsstaatskasse geht vor Leere. Neue Mittel müssen beschafft werden, um über die nächsten Monate hinwegzukommen. Wenn auch auf Grund neuer Notverordnungen nicht sofort bares Geld eingeht, so hat die Regierung dennoch die Möglichkeit, auf Grund der erwarteten Eingänge Kredite aufzunehmen. In diesem Zusammenhang wird in Reichstreffen von einer „arken Kreditausweitung“ gesprochen und zugleich heißt es, eine Veränderung in der Reichsbankleitung müsse herbeigeführt werden. Diese Pläne verdienen die größte Aufmerksamkeit. Ein Vorteil ist dabei, daß Reichsbankpräsident Luther nicht durch die Reichsregierung abgelöst werden kann. Ein inflationsfreundlicher Nachfolger ist somit nicht zu erwarten. Wenn dagegen tatsächlich auf Grund gewisser Einfälle die neue Regierung zu einer übermäßigen Kreditausweitung schreiten sollte, so könnte es nur auf dem Wege der Ausgabe von Reichsschuldscheinen geschehen. Die Ausgabe wäre nicht schwierig, aber die Entlösung, die eines Tages erfolgen müßte, könnte zu einer Erschütterung der deutschen Währung führen. Es wäre daher sehr gut, wenn mit solchen Plänen nicht einmal theoretisch gespielt würde. Zusammenfassend ist zu sagen, daß wir jetzt tatsächlich am Wendepunkt der deutschen Politik angelangt sind. Selbst auf die Gefahr hin, nicht zu wissen, was danach kommt, muß eine ganze Lösung der Vorzüge gegeben werden vor Sachheiten.

Die letzten Parteiführerempfindungen beim Reichspräsidenten.

Berlin, 31. Mai.

Der Reichspräsident lehnte heute seine Empfindungen der Partei- und Fraktionsführer fort. Er empfing nacheinander als Vertreter des Zentrums Prälat Dr. Kaas und Dr. Perltius, als Vertreter der Deutschen Nationalen Volkspartei Geheimrat Hugenberg und Landrat a. D. v. Winterfeld, von der Volkspartei Dingeldey und von der Wirtschaftspartei die Abgeordneten Drewitz und Molath. Im Laufe des Nachmittags empfing der Reichspräsident die Führer des Christlichen Volksbundes und der Konfessionellen Volkspartei, Abgeordnete Simpfendorfer und Graf Westarp, ferner den Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Prälat Leigt, den Vorsitzenden des Deutschen Landvolkes, von Guntzsch, sowie von der Deutschen Staatspartei Abgeordnete Weber und Dr. Meyer.

Die Abgeordneten Simpfendorfer und Graf Westarp dürften in der Unterredung sowohl aus außen- wie aus innenpolitischen Gründen ihr Bedauern über die Wendung zum Ausdruck gebracht haben, die die politische Entwicklung genommen hat. Die Fraktion hält es für notwendig, daß vor allem die Nationalsozialisten mit an der Verantwortung herangezogen werden. Eine Zwischenlösung wird nicht für wünschenswert gehalten. Sie legt von personellen Vorbehalten abgesehen, besonderen Wert auf die Einleitung der künftigen Regierung zu den Fragen der Seidlungs- und Sozialpolitik. Es dürfte in der Besprechung auch der entschiedene Widerstand der Fraktion gegen Finanzmaßnahmen jeglicher Art hervorgehoben worden sein, die in ihrer Endwirkung auf die Andäunung einer Inflation hinauslaufen könnten.

Der Parteipolitische Fraktionsvorsitzende Dr. August Weber brachte, wie das Nachrichtenbüro des RPD hört, zum Ausdruck, daß die Vorgänge, die nicht vor der bedeutendsten außenpolitischen Entscheidung und inmitten

Verstärkte Kontrolle in der Arbeitslosenfürsorge.

In 65 000 Fällen schon Forderung der Unterstützung erreicht.

Berlin, 31. Mai.

Um den ungerechten Bezug von Arbeitslosenunterstützung einzuschränken, hat die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung seit August 1930 im Benehmen mit dem Reichsarbeitsministerium ihren Außendienst zur Kontrolle der Unterstützungsempfänger neu organisiert und verstärkt. Einmal sind die Arbeitsämter angewiesen, eine ausreichende Zahl geeigneter Arbeitskräfte für den Außendienst freizustellen. Darüber hinaus ist es den Landesarbeitsämtern zur Pflicht gemacht worden, auch ihrerseits einen besonderen Außendienst einzurichten, der den des Arbeitsamts in allen Fällen, wo einer Verstärkung bedarf, ergänzen und unterstützen soll.

Häufiger wirtschaftlicher und finanzieller Schwierigkeiten zum außerparlamentarischen Sturz des Kabinetts Brüning geführt haben, weite Kreise mit größter Sorge erfüllten. Diese Sorge erstreckte sich auch darauf, ob es künftig gelingen werde, die Verfassung unbedingt aufrecht zu erhalten. Von dem Reichspräsidenten, als dem berufenen Hüter der Verfassung, wurde erwartet, daß er diese schwere Gefahr zu unterdrücken entschlossen sei. Der Reichspräsident betonte wiederholt, daß er selbstverständlich wie bisher auf strenge Verfassungsmäßigkeit der Regierung seine Amtsausführung werde. Im übrigen teilte er mit, daß er beabsichtige, ein überparteiliches Kabinett zu bilden.

In der Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei kam zum Ausdruck, daß die Bildung eines solchen überparteilichen Kabinetts bei der Staatspartei auf ernste Bedenken stöße. Man würde einer solchen Übergangsform eine endgültige Klärung etwa durch Übernahme der Verantwortung durch die nationale Opposition vorziehen.

Die Mitarbeiter von Papens.

CNB Berlin, 31. Mai.

Neben den bisherigen Reichsministern Joel und Schäkel, die auch weiterhin der Regierung angehören sollen, und Professor Warmbold, der erneut mit dem Reichswirtschaftsministerium betraut werden soll, sowie dem bisherigen Preisminister Dr. Goebel, dem Reichsarbeitsministerium übertragen werden soll, wird bisher nur Männer genannt, die noch keiner Regierung angehört haben.

Der für das Reichsinnenministerium in Aussicht genommene Freiherr v. Gatzl entkamt einer alten preußischen Offiziersfamilie. Er wurde am 4. Februar 1879 in Königsberg geboren und wandte sich zunächst der Rechtswissenschaft zu, bis er im Jahre 1909 die Leitung der Ostpreussischen Landesregierung übernahm. Während des Krieges wurde er Chef der Abteilung für innere Politik und innere Verwaltung beim Oberbefehlshaber Ost und später Landeshauptmann von Nordlitauen. Im Jahre 1920 führte er als Reichs- und Staatskommissar die Abtätigung im ostpreussischen Abtätigungsgebiet von Allenstein aus. Seit 1921 ist er, der der Deutschen Nationalen Volkspartei angehört, Mitglied des Preussischen Staatsrates und Bevollmächtigter des Ostpreussens zum Reichstag.

General v. Schleichert steht im Alter von 50 Jahren. Im Kriege wurde er zunächst im Generalstab verwendet und zum Major befördert. Nach dem Kriege kam er mit der Obersten Heeresleitung nach Rastatt. Am 1. Januar 1924 avancierte er zum Oberstleutnant und im Jahre 1929 zum Generalmajor. Seit dem 1. April 1929 hat er das Amt eines Chefs des Militärkamts im Reichswehrministerium inne.

Für den Posten des Außenministers ist der derzeitige deutsche Botschafter in London, Freiherr v. Neurath, auszuwählen. Er wurde am 2. Februar 1873 geboren. Er wandte sich der diplomatischen Karriere zu. Bei Kriegsausbruch war er Botschafter in Konstantinopel, nahm dann zunächst am Kriege teil, um bald darauf wieder als Botschafter nach Konstantinopel zu gehen. Im Jahre 1917 erfolgte seine Berufung zum Botschaftssekretär des Königs von Rumänien, eine Stellung, die er bis zum November 1918 inne hatte. Im Jahre 1919 ging er als Nachfolger des Grafen Brodorsky nach Kopenhagen und wurde im Jahre 1922 als Botschafter am Quirinal nach Rom versetzt. Nach dem Rücktrittsgesuch von Dr. Schamer im Juni 1930 wurde er als dessen Nachfolger zum Botschafter in London ernannt.

Für das Reichsfinanzministerium ist Freiherr v. Krosigk auszuwählen, der nach dem Kriege zunächst die preussische Verwaltungsdirektion einnahm. Nach seinem Abschied trat er in den Dienst des Reichs. Im Jahre 1925 wurde er zum Reichsminister der Landwirtschaft ernannt und im Jahre 1931 zum Reichsminister des Reichsbundes rheinischer landwirtschaftlicher Genossenschaften ernannt.

Das Reichsfinanzministerium soll Graf Schwerin-Krosigk oder Geheimrat Schmitz angetragen werden. Graf Schwerin ist Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium, dem er seit dem Jahre 1920 angehört, wo er zunächst in der Friedensvertragsabteilung wirkte, bis er im Jahre 1925 in die Staatsabteilung berufen wurde, deren Leiter er seit 1929 ist. Im Dezember 1931 nahm er an der Tagung des Beratenden Sonderausschusses in Basel teil.

Geheimrat Schmitz ist der Finanzdirektor der S. G. Farbenindustrie, an deren Zustandekommen er ein wesentliches Verdienst hat. Er wurde im Jahre 1881 geboren und gehörte bereits als 30jähriger den Verwaltungsräten einer ganzen Anzahl englischer, französischer und spanischer Gesellschaften an. Hervorragenden Anteil hat er am Aufbau der Stickstoffindustrie genommen, wie auch die Gründung des Stickstoffkonzerns auf sein Betreiben als wirtschaftlicher Beitrag des Reichsfinanzministeriums zurückzuführen ist.

Abschiedsbesuche Dr. Brünings beim diplomatischen Korps.

Berlin, 31. Mai.

Reichsfürst Dr. Brüning Rattete heute dem diplomatischen Korps seine Abschiedsbesuche ab.

Die KPD. in Preußen gegen einen nationalsozialistischen Ministerpräsidenten.

Auch gegen die Wiederauflösung des Landtags.

Berlin, 31. Mai.

Zu der Frage der Regierungsbildung in Preußen erklärte der Vorsitzende der kommunistischen Landtagsfraktion, Abgeordneter Bied, vor Pressevertretern, daß die Kommunisten jedes gesellschafternismäßige Mittel anwenden werden, um

Diese Verschärfung der Kontrolle hat sich nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen für die Zeit vom 1. Oktober 1930 bis 30. September 1931 gut bewährt. In dieser Zeit hat der Außendienst insgesamt 460 000 Unterstützungsfälle nachgeprüft und bei 110 000 oder 24 v. H. eine nochmalige Entscheidung über die Unterstützung herbeigeführt. Dies hatte in 65 000 Fällen (gleich 14 v. H. der geprüften Fälle) eine Veränderung der früheren Entscheidung zur Folge. Als finanzielle Auswirkung ergab sich eine Ersparnis an Unterstützungsmitteln in Höhe von etwa 3 1/2 Millionen Mark, zu denen die Kosten des verstärkten Außendienstes in keinem Verhältnis stehen. Neben diesen zahlenmäßig nachweisbaren Ergebnissen ist natürlich noch die abschreckende Wirkung einer schärferen Kontrolle mit in Rechnung zu stellen. Dieser mittelbare Erfolg ist zwar im einzelnen nicht feststellbar, aber nach den Beobachtungen der Reichsanstalt ebenfalls sehr erheblich.

Die Wahl eines nationalsozialistischen Ministerpräsidenten zu verhindern. Hinsichtlich etwaiger Anträge auf Auflösung des Landtages betonte Abgeordneter Bied, daß die KPD im Augenblick

Das Weltecho der deutschen Regierungskrise.

Der Rücktritt Brünings im Licht der französischen Presse.

Paris, 31. Mai.

Die gestrigen Ereignisse in Deutschland sind auch hier das alles beherrschende Thema der heutigen Presse. „Journal“ hält es für bedauerlich, daß die politische Lage in Deutschland so entwickelt habe. Allein, es sei noch immer besser, klar zu sehen, gerade jetzt, wo Frankreich selbst beginne, sich über seine politische Orientierung schlüssig zu werden und sich anschide nach Lausanne zu gehen.

Sollten sich die kommenden Männer in Frankreich auf der Hut sein und Deutschland so sehen, wie es wirklich ist.

„Petit Parisien“ erklärt am Vorabend der Lausanner Konferenz dürfte man weder in London noch in Washington und Paris allzu große außenpolitische Befürchtungen hegen.

Vom deutschen Gesichtspunkt aus wäre es sicherlich besser gewesen, wenn Brüning wenigstens bis zur Lausanner Konferenz geblieben wäre.

Denn, so behauptet das Blatt, der deutsche Reichsfürst habe die Lage zu maskieren verstanden. Jetzt aber sei der Schleier gefallen und wenn man nun den Dingen ins Antlitz sehen könne, so sei das vom internationalen Standpunkt aus vielleicht besser.

„Deux“ wirft die Frage auf, mit wem Frankreich in Lausanne verhandeln werde, und antwortet, mit einem Deutschland, das hoffentlich wissen werde was es wolle, und das sei wenigstens eindeutig. Auch „Le Nouvelliste“ ist der Ansicht, daß die Lage wenigstens den Vorteilen habe, klar zu sein. Das Blatt spricht übrigens davon, daß man von der Weimarer Politik nur noch als einer Erinnerung reden könne. Der sozialistische „Populaire“ schreibt, Hitler warte auf seine Stunde. Für ihn sei das kommende Ministerium ein Übergangskabinett. Aber wie dem auch sei: Trübe Tage erwarteten Deutschland. Die letzte republikanische Regierung hat ausgelebt.

Londoner Stimmen.

London, 31. Mai.

Die Nachricht vom dem Rücktritt des Kabinetts Brüning wird von der ganzen Presse in ihrem vollen Ernst erkannt und gewürdigt. Die Blätter richten vor allem ihre Aufmerksamkeit auf die außenpolitischen Folgen des Ereignisses insbesondere im Hinblick auf die Konferenzen in Lausanne und Genf.

Auf „Daily Telegraph“ vertrat man gestern Abend in Regierungskreisen die Auffassung, daß der Rücktritt des Reichskabinetts eine vollkommen neue Lage geschaffen habe. Premierminister MacDonald, der sich 3. Jt. noch in Portsmouth befindet, sei am Nachmittag von dem Demission Dr. Brünings unterrichtet worden. Der Termin seiner Rückkehr nach London werde im gewissen Grade davon abhängen, wie die Minister, die morgen zu einer Kabinettsitzung zusammenzutreten werden, die Lage in ihrer Beziehung auf die Lausanner Konferenz beurteilen.

Die „Times“ widmet dem scheidenden Reichsfürst warme Worte der Anerkennung. Sie schreibt,

Nationalsozialistische Ausschreitungen beim Aufzug der Marine-Ehrenwache.

Wiederholtes Einschreiten der Polizei.

Berlin, 31. Mai.

Am heutigen Jahrestag der Stagerat-Schlacht zog wieder von Moabit aus die Marine-Ehrenwache mit klingendem Spiel auf, um, wie schon gestern, die Wache für den Reichspräsidenten und das Reichswehrministerium zu halten. Bei dem Aufmarsch, der auf dem ganzen Wege von großen Menschenmengen begleitet war, kam es an verschiedenen Stellen zu Ausschreitungen, gegen die die Polizei wiederholt mit dem Gummistock einschreiten mußte. Vor dem Palais des Reichspräsidenten verhielten sich Nationalsozialisten eine Kundgebung für ihren Führer Hitler zu veranstalten, indem sie wiederholt Heilrufe auf ihn und den Nationalsozialismus ausstrahlten. Zwei der Hauptredner wurden festgenommen und zur Wache gebracht. Auch sonst trübten die bekannten nationalsozialistischen Kulte. In der Straße Ulmoabit in der Nähe der Kaserne mußte die Polizei wiederholt gegen raufwühlende Elemente einschreiten. Auf der Köpenicker Straße entwickelte sich ein derartiges Gedränge, daß die Marine-Ehrenwache nur mit größter Mühe ihren Weg fortsetzen konnte. Die Polizei mußte hier vom Gummistock Gebrauch machen und nach Säuberung der Straße die Brücke absperrten. Zu einer bejonde-

derartige Unruhen abzuwenden würde, weil die Nationalsozialisten erst Gelegenheit erhal... mühten, in der Praxis zu erweisen, was an Tatsächlichem hinter ihren Redenungen stehe. Die KPD trete für Auflösung des Reichstages ein, wenn sie den Zeitpunkt für gekommen erachtete. Die Kommunisten lehnten im Einklang mit der kommunistischen Internationale den Individualterror ab und damit die blutigen Zusammenstöße auf den Straßen. Unter den außerparlamentarischen Mitteln, die gegen den Faschismus anzuwenden seien, nannte der Redner die Fortsetzung einer Einheitsfront aller Arbeiter und die Durchführung von Massenstreiks.

Zu den bevorstehenden praktischen politischen Fragen erklärte er noch, die KPD werde auch den deutschen nationalen Antrag ablehnen, wonach die alte Gefährdungsordnung in ihrer Fassung vor der Eröffnung der Wahl des Ministerpräsidenten weiter gelten soll.

Gluckwunschtelegramm Brauns an den Papst.

Berlin, 31. Mai.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Ministerpräsident Dr. Brauns dem Papst Pius XI. zu seinem 75. Geburtstag folgendes Telegramm geschickt:

„Zu Eurer Heiligkeit 75. Geburtstag wünsche ich im Gebeten an die freundschaftlichen Beziehungen des Preussischen Staates zum Apostolischen Stuhl, daß Euer Heiligkeit noch viele Jahre in körperlicher und geistiger Frische zum Segen der katholischen Kirche und zum Wohle der in schwerer Not befindlichen Völker befehlen sein mögen.“

Brüning habe während zweier Jahre sein Amt mit einer Stetigkeit, Entschlossenheit und politischer Geschicklichkeit geführt, die ihm einen gesicherten Platz unter den hervorragenden Staatsmännern Europas verschafft haben.

Sein Auscheiden könne die ernstesten Folgen für die innere Stabilität Deutschlands haben. Das Blatt wendet sich dann dem Noterordnungsverfall der verfallenen Regierung zu, von dem es erklärt, es sei „der härteste Rahmen“ gewesen, der „das zersetzende Gewebe“ zusammengehalten habe. Es sei nur natürlich, daß solche Maßnahmen nicht zu Brünings Vollständigkeit beigebracht werden, beweise, daß die Mehrheit des deutschen Volkes tiefes Vertrauen in das Bismarck-Gefühl und die selbstlose Vaterlandsliebe von Reichsfürst und Reichspräsident gesetzt habe, und in der Tat sei Dr. Brüning Charakteristika, daß er jeden Versuch, daß parteiischer oder niedriger Beweggründe ausliefere. Das Gefühl des Reichsfürstlers in der Behandlung des Reichstages wird rühmend hervorgehoben, dem Vertrauen der Mehrheit des Reichstages gestelle sich das Reichspräsidenten: Eine Gemeinschaft, die niemals so eng verbunden war, während der Präsidentschaftswahlen im März und April. In diesem Zusammenhang weist das Blatt darauf hin, daß Dr. Brüning der erste Kanzler der deutschen Republik ist, der nicht durch ein Misstrauensvotum des Reichstages gestürzt wurde und bezeichnet diesen Umstand als sehr bedeutungsvoll.

In der Besprechung der Folgen des Rücktritts auf die Lausanner Konferenz sagt die „Times“, es werde ein europäisches Unglück sein, wenn eine herausfordernde und rein negative Einstellung zur Politik Deutschlands würde. In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, daß die Zahl der Franzosen, die für eine vernünftige Regelung eintreten, im Zunehmen ist.“

Die Meinung Amerikas.

New York, 31. Mai.

Die Morgenpresse befaßt sich eingehend mit dem Rücktritt des deutschen Reichsfürstlers und mit dem Echo, das dieser Schritt in Paris und London hervorgerufen hat.

Während „Herald Tribune“ seinen Zeitartikel mit „Deutschland geht nach rechts“ überschreibt, meint „Times“, daß dieser Regierungswechsel in Deutschland nicht so störende Wirkungen haben dürfte, als viele annehmen geneigt seien. Der „Herald Tribune“ hindern könnte nicht so leicht unterminiert werden. Auf der anderen Seite könne jetzt aber der Aufbruch der Lausanner Konferenz erweitert werden, so wie es bereits von MacDonald befrwortet worden war.

Die französischen und englischen Staatsmänner müßten jetzt die Notwendigkeit einsehen, über eine bloße Diskussion des Reparations- und Kriegsschuldenproblems hinauszugehen und die europäische Wirtschaft sowie das Vertrauen der Staaten untereinander wieder herzustellen.

Wenn die Konferenz in Lausanne durch die gegenwärtige politische Lage bis zu einem gewissen Grade in ein kritisches Stadium geraten sei, dann gerade sei sie um so notwendiger.

Beila

Ab n

Am mor...
Emischer-...
sche Heim...
ihren Anfa...
treter von...
Berkehrsu...
gungen, von...
schluß dar...
Beitrag zu...
südlichen...
stische Ha...
Beitrag zu...
Sachverh...
reichen aus...
Prüfung...
Straße und...
und Girland...
Kernstück...
flug, wo...
Lippe, wo...
auf der Cä...
gefunden ha...
geräumigen...
vermeintli...
gen, die in...
lenkt zunäc...
Werde um...
Arbeits...
50 Wagen...
wird zu eine...
deutscher...
Handel und...
Industrie...
auch die an...
Plattdeu...
plattdeuts...
Hausbütern...
herausgebr...
zur Aufst...
liche Werbe...
mataben...
des Wertes...
Heimabst...
Glorie zu...
Worte komm...
Festkonzerte...
Turn- und...
Wohlfühl...
motor- u...
auf der H...
Cläre Lang...
wirken. Im...
fette zwisc...
Automobil...
Zustauben...
Luft- und...
der Feuerw...
hilfe mit...
Pappdrfern.

880 000

In seiner...
Annahme...
1932, d...
trag von...
gab der...
Ausbruch...
und Staats...
Wortlaut hat:

„Der Kreis...
der Kreis...
gegenüber...
worden ist...
mit einem...
ab. Die...
freie...
Text in d...
der Zahl...
bei der...
fonnte, b...
Steigerung...
gerade...
Die Gemein...
gen durch...
Kreisumlage...
steigende...
teils an den

Der

1)

Tatsächlich...
wurde, kein...
und gefah...
letztliche...
Strahnanzug...
geknötet. Nur...
hab den Kommi...
„Mas wollen...
Bitte, nehme...
würdig.

„Ich habe...
weil, mehr...
„Dann hätte...
Aber weil ich...
„allerlei wissen...
„Ich denke...
Reineswegs...
dächtig sind...
vorläufig alles...
verleihen, müssen...
durchaus un...
„So? Und...
„Wir haben...
rade in ro...
heblische...
der Lage...
„Geben Sie...
tun?“

„Weilen wir...
am Poterlich...
Sie bis vorge...
gegen Zahlung...
wießen, ob Dr...
hat. Er hatte...
in seiner...
und, was sehr...
bei der Bank...
er etwas nach...
lich hinkommen...
bereits bei...
Sie aber haben

Aus Westdeutschland.

Ab morgen: Westfälische Heimatwoche.

:: Krefeld, 31. Mai.

Am morgigen Donnerstag nimmt die im ganzen Emischer-Lippe-Land mit Spannung erwartete „Westfälische Heimatwoche“ mit der Eröffnung der „Westfälischen Heimatwoche“ ihren Anfang. Die Eröffnungsgala werden Vertreter von Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, Verkehrsverbänden, Ausstellern, Vereinen, Schulen, von Kunst und Wissenschaft betreiben. Im Anschluß daran findet die Eröffnung der Ausstellung „Westfälische Künstler“ statt. Gleichzeitig wird im südlichen Stadteil die Warenmesse „Die praktische Hausfrau“ und im Museum die Ausstellung „Westfälische Geschichtsdenkmäler aus acht Jahrhunderten“ eröffnet. Zur Begrüßung der zahlreichen auswärtigen Gäste hat die Stadt ein farbenprächtiges Festgewand angelegt. Von Straße zu Straße und von Haus zu Haus grüßen Fahnen, Wimpel und Girlanden in reicher Fülle und Einheitsfärbung. Das Kernstück der Heimatwoche bildet die Ausstellung „Ausflug, Wochenende und Ferien im Emischer-Lippe-Land (Westa)“ in den Ausstellungshallen auf der Gärtenhöhe, die eine solche gute Beteiligung gefunden hat, daß zur Befriedigung aller Wünsche die geräumigen Ausstellungshallen um ein größeres Zelt vermehrt werden mußten. Von den Einzelveranstaltungen, die in bunter Fülle die Heimatwoche durchziehen, lenkt zunächst der Sonntag (5. 6.) stattfindende „Werkzeugzug „Deutsche Ware — Deutsche Arbeit“ die Aufmerksamkeit auf sich. Die Fahrt der 50 Wagen, bei der auch Witz und Humor nicht fehlen, wird zu einer eindringlichen Werbung für den Verbrauch deutscher Erzeugnisse werden, umso mehr, als nicht nur Handel und Gewerbe, sondern auch Landwirtschaft und Industrie sich beteiligen. Sehr großen Zuspruch wird auch die am 9. Juni im Stadtpark stattfindende „Plattdeutsche Freilichtaufführung der plattdeutschen Heimatbühnen finden, die das von den Hausdichtern der Zoologischen Abendgesellschaft Münster herausgebrachte beliebte Volksstück „Hoppmarjannchen“ zur Aufführung bringen. Dem Heimatbesuchern vorzüglich Werbedienste dürfte weiter der Westfälische Heimatabend der Vereine für Orts- und Heimatkunde des Westes am 10. Juni im Saalbau leisten, auf dem die Heimatdichter und die alten westfälischen Originalen zu Wort kommen. Die Heimatwoche, deren Programm noch Festkonzerte, Militärkonzerte, Feuerwerk, Kinderfeste, Turn- und Sportveranstaltungen vorstellt, findet ihren Abschluß am Sonntag, dem 12. Juni, mit einer großen motor- und luftportalen Veranstaltung auf der Gärtenhöhe, bei der die Piloten Kern, Pfeil, Bach, Cläre Lang und die gesamte Fliegergruppe Münster mitwirken. Im Mittelpunkt steht eine gemächliche Platzfeste zwischen Reitern, Räuern, Motorrädern, Seiwagen, Automobilen und Radfahrern. Außerdem werden 10 000 Brieftauben aufgesendet. Den Abschluß bildet eine große Luft- und Gas-Spektakelvorführung der Polizei, der Feuerwehr, Sanitätskolonnen und Technischen Notdienste mit künstlicher Vernebelung und Übungen an Pappbüchern.

880 000 Mk. ungedeckter Fehlbetrag im Kreise Steinfurt.

:: Steinfurt, 31. Mai.

In seiner heutigen Sitzung beschloß der Kreistag die Annahme des ihm vorgelegten Haushaltsplanes für 1932, der mit einem ungedeckten Fehlbetrag von 880 000 Mark abschließt. Der Kreistag gab der katastrophalen Finanzlage des Kreises Steinfurt Ausdruck in einer Entschließung, die den Reichs- und Staatsbehörden zugeleitet werden soll und folgenden Wortlaut hat:

Der Kreishaushaltsplan für 1932 schließt, obwohl der Kreisumlagebetrag für 1931 noch Ende 1931 gegenüber dem Vorjahre um 100 Prozent erhöht worden ist, auch unter Anrechnung dieser Erhöhung noch mit einem ungedeckten Fehlbetrag von rund 880 000 Mark ab. Die seit Aufstellung des Haushaltsplanes leider eingetretene Verschlechterung der Lage in der Textilindustrie läßt ein stärkeres Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen befürchten, als bei der Aufstellung der Zahlen angenommen werden konnte, befürchten, so daß mit einer noch weiteren Steigerung des ungedeckten Fehlbetrages im Jahre 1932 gerechnet werden muß.

Die Gemeinden des Kreises sind infolge der vorjährigen durch die Aufsichtsbehörden erfolgten Erhöhung der Kreisumlage um 100 Prozent und infolge der durch die steigende Erwerbslosigkeit bedingten Erhöhung ihres Anteils an den Krisen- und allgemeinen Fürsorgekosten be-

reits so stark belastet, daß schon die jetzige Belastung die Finanzkraft der Gemeinden weit übersteigt. Eine weitere Heranziehung der Gemeinden zur Lastenaufbringung des Kreises könnte nur durch eine nochmalige Erhöhung der Bürgersteuer erfolgen. Da aber fast in allen Orten des Kreises bereits 350 Prozent an Bürgersteuer erhoben werden, so ist eine weitere Steigerung ganz undisputabel, ganz abgesehen davon, daß selbst bei einer erneuten Erhöhung des Bürgersteuerbetrages um 100 Prozent nur ein Kreisumlagebetrag von 138 000 Mark erzielt werden könnte, so daß der Kreisfahrlösungsbetrag auch dann noch zu sieben Achtel ungedeckt bliebe.

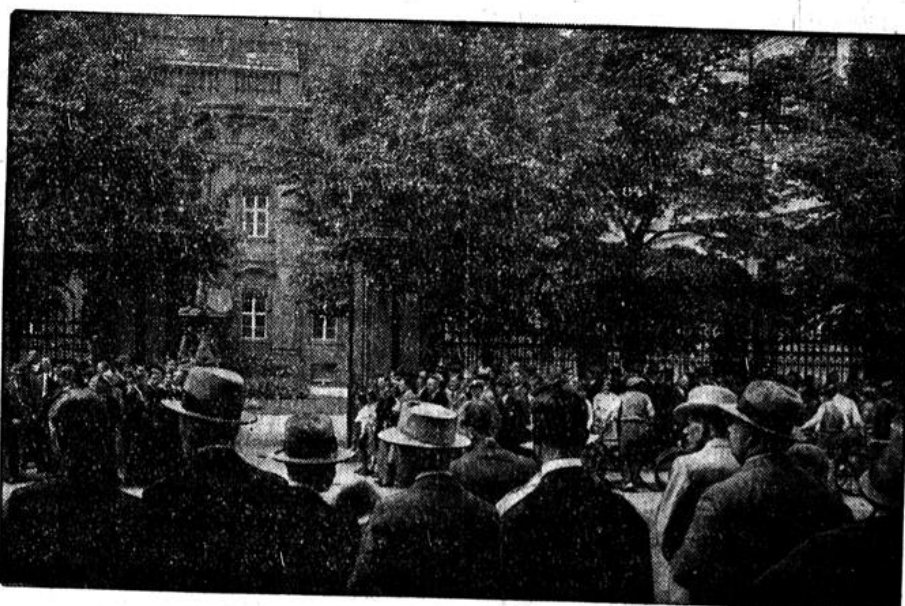
Eine Deckung des Fehlbetrages ist deshalb nur dadurch möglich, daß dem Kreise zur Beilegung der ständig steigenden Wohlfahrtsausgaben eine baldige und durchgreifende Hilfe seitens des Reichs und Staates zuteil wird. Der Kreis fordert deshalb Kreise zur Aufrechterhaltung des Existenzminimums der Unterstützungsempfänger, die unbedingt nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Jahrestagung des Fleischerverbandes.

:: Paderborn, 31. Mai.

Der Westfälisch-Lippische Bezirksverband „Schützenhof“ seine 52. Jahrestagung ab, auf der von den 41 Innungen 35 mit 121 Delegierten vertreten waren. Zunächst ermächtigte die Versammlung nach Eintritt in die Tagesordnung den Beitrag von 3 auf 2 M.; weiter wurde beschlossen, von der Reichsregierung zu fordern, daß die Kinderfinne als Gewährungsmangel anerkannt und in die Gewährschaftliste aufgenommen wird, um die großen Verluste von dem Fleischerhandwerk abzuwenden, die es bisher bei der anderen Regelung noch erleidet. Nach einem Vortrag des Vorsitzenden Stöpler-Lage gegen die Hauschlachtungen wurde in einer Entschließung eine klare Entscheidung über das Ausführen von Hauschlachtungen gefordert. Die Teilnehmer versammelten sich sodann gegen die Zusammenlegung der Berufsvereinigungen. Auch soll die Regierung ersucht werden, ein Einfuhrverbot für Felle und Häute zu erlassen. Aus einem Vortrag, der die Frage des Gebührenabbaues behandelte, sind besonders Mitteilungen von einer Aufstellung über Schlachtgebühren bei 1 Innungen und 13 fälschlich: Hötter 4,85 M., Paderborn 4,95 M., Deynhagen 6,30 M., Hamm 6,59 M., Bockholt 6,60 M., Bielefeld 6,70 M., Warburg 6,80 M., Lina 7,35 M., Münster 8,15 M., Münster 8,20 M. und Herford 10,10 M. Auf Antrag der Innung Witten stimmte die Versammlung der Einführung der Trübsinnigkeit auf familiäre Privatschlachtungen zu und bestimmte als nächsten Verbandstagsort Coesfeld.

Was wird werden . . . ?



Eine erwartungsvolle Menge umlagert den ganzen Tag das Palais des Reichspräsidenten, um Nachrichten über die Kabinettsbildung zu erhalten.

Neue Zuchthausstrafen im Mindener Kreisfürsorgeprozeß.

:: Bielefeld, 31. Mai.

In dem großen Mindener Kreisfürsorgeprozeß, der vor der Großen Strafkammer in Bielefeld zur Verurteilung des Verbrechens gegen § 348/49 in der Verhandlung und schließlich in der Urteilsberatung in der letzten Abendstunde das Urteil verkündet. Die Verurteilung der Staatsanwaltschaft im Falle Kallenbach wurde verworfen. Auf die Verurteilung des Oberstaatsanwaltschaften wurde das erstinstanzliche Urteil von zwei Jahren zwei Monaten Zuchthaus verworfen und das neue Urteil mit zwei Jahren Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe wegen fortgesetzter schwerer amtslicher Unterschlagungen in Verbindung mit dem Verbrechen gegen § 348/49 (schwere Urkundenfälschung in Beamteneigenschaft) sowie fortgesetzten Betruges ausgesprochen. Gleichfalls verworfen wurde die Verurteilung der beiden angeklagten Sekretäre Schweigert und Diekmann aus Minden, die in der ersten Instanz zu vier Monaten bzw. sechs Wochen Zuchthaus verurteilt worden waren.

Auf die Verurteilung der Staatsanwaltschaft war in der jetzigen Berufungsinstanz entgegen der ersten Verurteilung das Verbrechen gegen § 348/49 als maßgebend erkannt worden. Die Angeklagten Schweigert und Diekmann wurden zu je einem Jahr Zuchthaus und je 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Allen drei Angeklagten wird für drei Jahre das Recht aberkannt, öffentlichen Ämtern zu befehlen. Die erlittene Untersuchungszeit wird allen drei Angeklagten angerechnet. Die erlassenen Haftbefehle bleiben bestehen.

Kommunistischer Überfall auf Nationalsozialisten.

:: Remscheid, 31. Mai.

Ein Trupp von etwa 30 bis 35 Mann hatte in der Nacht zum Dienstag sich zu Fuß von einer nationalsozialistischen Versammlung in Remscheid nach Hilgen begeben. Schon unterwegs war es zu einigen Reibereien mit Kommunisten gekommen, die jedoch immer sehr schnell beigelegt werden konnten. Kurz vor Hilgen nahte plötzlich ein Motorrad, das mit zwei Personen besetzt war. Als das Motorrad etwa 8 bis 10 m von der Gruppe der heimkehrenden Versammlungsteilnehmer entfernt war, stoppte der Fahrer plötzlich das Rad ab und er und ein Begleiter gaben mehrere Schüsse auf die Nationalsozialisten ab. Danach fuhren beide in schnellstem Tempo wieder davon. Bei dem Feuerüberfall wurde der 43-jährige pensionierte Polizeibeamte Rehrer aus Hilgen durch einen Kopfschuß getötet. Der Nationalsozialist Sondermann wurde durch eine Kugel in die Lunge getroffen, während der Nationalsozialist Schneider einen Schuß in den Unterschenkel und ein Dritter namens Derange einen Oberschenkelbruch erlitt. Wie wir auf Anfrage im Krankenhaus aus Remscheid erfahren, ist der Zustand des Nationalsozialisten sehr bedenklich.

Am Dienstag vormittag wurden zwei bekannte Kommunisten, von denen einer Stadtratsmitglied ist, unter dringenden Tatverdacht aus ihren Betten heraus verhaftet. Vorläufig leugnen die beiden noch, sich an dem Überfall beteiligt zu haben. Es soll sich um einen Raubakt wegen der bekannten Vorfälle in Hildesheim am 13. März handeln.

Dreifacher Mordmord vor Gericht.

:: Krefeld, 31. Mai.

Vor der Strafkammer in Krefeld begann heute das gerichtliche Nachspiel zu dem dreifachen Mordmord von Butbroek. Die beiden Angeklagten, Förster van der Elzen aus Butbroek und sein Sohn, die im Verdacht stehen, vor einem halben Jahr in den Annenbäckerischen Wäldungen an der deutschen Grenze drei junge Leute aus dem Hinterhalt niedergeschossen zu haben, leugnen alles ab, jedoch der von dem chemischen Sachverständigen erstattete Bericht als die einzig wirklich greifbare Handhabung gilt. Der Sachverständige hat festgestellt, dem Angeklagten gehörende Gegenstände genau untersucht. Dabei hat er auf mehreren Kleidungsstücken Blutspuren gefunden, die vergebens unter roten Tintenfäden zu verbergen gesucht waren. Weiter wurde in den Kleidungsstücken der Ermordeten eine bestimmte Patronenlocher gefunden, die nur von dem Förster van der Elzen benutzt wurden. Nachdem die Sachverständigen ihre Gutachten erstattet hatten, nahmen die Angeklagten das Wort, die sie ihnen zur Last gelegte Tat in allen Punkten abstreiten.

Revolvententat auf einen Arzt.

:: Krefeld, 31. Mai.

Auf den Nervenarzt Dr. Salomon wurde heute ein Revolverattentat verübt, durch das der Arzt schwer verletzt wurde. In der Sprechstunde erschien ein Patient namens Simonson, der schon seit längerer Zeit bei Dr. Salomon in Behandlung war und gab auf den Arzt fünf Schüsse ab. Dr. Salomon wurde sofort ins Krankenhaus übergeführt. Der Täter stellte sich selbst der Polizei. Die Gründe zu der Tat dürften in einer starken Nervenüberreizung des Verhafteten zu liegen sein.

Fünf Opfer einer Familientragödie.

:: Frankfurt a. M., 31. Mai.

An der Grenze zwischen Wilshofheim und Ruffelsheim wurde gestern nachmittag der Ruffelsheimer Geschäftsinhaber Ludwig Schmidt mit seiner Frau und seinen drei Kindern im Alter von acht, fünf und drei Jahren erschossen aufgefunden. Nach den bisherigen Feststellungen hat Schmidt die furchtbare Tat im Eigenvernehmen mit seiner Frau begangen. Schmidt betrieb in Ruffelsheim ein kleines Zigarren- und Zeitdrucken-geschäft.

Der Maharadscha von Baroda befohlen.

:: Wiesbaden, 30. Mai.

Bei der belgischen Polizei ist heute ein Jagdhund, ersehen eingelaufen, aus dem hervorgeht, daß der zur Zeit in Wiesbaden weilende Maharadscha von Baroda befohlen worden ist; man hat ihm Motzibücher, Schießbücher, ein goldenes Zigarettenetui usw. entwendet.

Doppeltes Unheil.

:: Ginnertrop, 30. Mai.

Im benachbarten Weringhausen stürzte gestern abend ein Radfahrer aus Grevendbrück so unglücklich, daß seine Überführung ins Krankenhaus Hegen erfolgen mußte. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Der mit der Überführung betraute Sanitäter Badermeister Herr. Goebel wurde unterwegs vom Unwohlsein betroffen. Im Begriffe, sich in der Portierkutsche des Walzwerkes ein Glas Wasser zu trinken, überfiel ihn der unerwartete Tod. Ein allzeit hilfsbereiter und allseitig beliebter Mann ist von uns gegangen. Der schwergeprüften Familie bringt man allseitige Teilnahme entgegen.

Verlagung der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.

:: Frankfurt (Main), 31. Mai. Mit Rücksicht auf die unerwartete Wendung der politischen Verhältnisse hat der Verein Deutscher Zeitungsverleger, Herausgeber der deutschen Tageszeitungen, seine ordentliche Hauptversammlung, die in den Tagen vom 10. bis 12. Juni in Frankfurt/Main stattfinden sollte, einstweilen vertagt.

Der Mann mit der Flasche

Kriminalroman von Curt Seiberl

(Nachdruck verboten.)

Copyright by Karl Köhler & Co., Berlin-Zehlendorf.

Tatächlich machte Werner, als er hereingeführt wurde, keinen übernatürlichen, sondern einen ruhigen und gefassten Eindruck. Er sah gut aus, seine hohe athletische Figur steckte in einem eleganten hellgrauen Straßenanzug, der seine dunkelbraune Binde war flott geteilt. Nur in seinen Augen flackte es unruhig, er sah den Kommissar misstrauisch an.

„Was wollen Sie schon wieder von mir?“ „Bitte, nehmen Sie Platz“, bat Hansen liebenswürdig.

„Ich habe Ihnen gestern schon alles gesagt, was ich weiß, mehr kann ich Ihnen auch heute nicht sagen.“ „Dann hätte ich Sie nicht kommen lassen, Herr Hart. Aber weil ich eben doch der Ansicht bin, daß Sie noch allerlei wissen, was Sie entlasten könnte.“

„Ich denke, Sie halten mich für den Mörder?“ „Reines Witz, ich gebe nur zu, daß Sie fast verdächtig sind oder sich verdächtig gemacht haben. Das ist vorläufig alles. Und wenn Sie sich in unsere Situation versetzen, müssen Sie zugeben, daß Sie nicht für durchaus unschuldig halten können.“

„So? Und warum nicht?“ „Wir haben festgestellt, daß sich Ihre Firma nicht gerade in rosigster Lage befindet, daß Sie in letzter Zeit erhebliche Verluste im Spiel hatten und daß Sie nicht in der Lage sind, Ihre Schulden zu regulieren.“

„Geben Sie zu, aber was hat das mit dem Mord zu tun?“ „Weilen wir zuerst bei Ihren Schulden. Sie haben am Sonntag ein Lotterieticket in Zahlung gegeben, daß Sie bis vorgestern abend einlösen mußten. Und zwar gegen Zahlung von zweitausend Mark. Es ist nicht erwiesen, ob Dr. Goethe dies Geld von Ihnen bekommen hat. Er hatte wohl etwas mehr als dreitausend Mark in seiner Brieftasche, aber da er vor seinem Fortgang und, was sehr wichtig erscheint, vor ihrem Anruf bei der Bank angerufen hatte, um ihr ein Mitteilchen, daß er etwas nach drei Uhr, also nach Schalterstichschluß persönlich hinfommen wollte, ist anzunehmen, daß er dies Geld bereits bei sich hatte, um eine Einzahlung zu machen. Sie aber haben nun behauptet, ihm die zweitausend

Mark gegeben und dieses Geld von einer Person erhalten zu haben, deren Namen Sie nicht nennen können.“ „Ganz recht.“

„Sie werden zugeben, daß eine solche Aussage sich recht seltsam anhört.“

„Das finde ich durchaus nicht. Einmal steht keineswegs fest, daß Goethe bei der Bank überhaupt eine Einzahlung hat machen wollen, als er dort anrief, wohl aber fand man bei ihm über zweitausend Mark. Ich habe weiter keine Veranlassung, die Person namhaft zu machen, die mir aus der Verlegenheit half. Nehmen Sie nur an, jene Person habe hohe Wucherzinsen verlangt und aus diesem Grund die Nennung des Namens verboten! Ich kann doch einen, der mir in der Not half, nicht den Gerichten ausliefern.“

„Kein dummes Kerl, dachte Hansen, der sich immer freute, wenn er einen ebenbürtigen Gegner fand.“

„Na schön, also lassen wir das. Nehmen wir an, Sie hätten das Geld erhalten und auch abgeliefert, da bleibt es doch auffallend, daß Sie an jenem Morgen das Dianabach aufsuchten, das Sie bis dahin noch nie betreten hatten.“

„Goethe forderte mich auf, ihn zu begleiten. So ging ich mit. Unterwegs kaufte ich mir eine Zeitung und las darin, daß auf mein Los vierzigtausend Mark gefallen seien.“

„Wir wollen nicht von dem Los sprechen, Herr Hart, sondern nur von dem Mord, ich denke, so kommen wir besser voran. Denn es könnte ja sein, daß gar nicht das Los, sondern ein anderer Grund in dieser Tragödie eine Rolle spielt. Hatten Sie irgendwelche Differenzen mit dem Rechtsanwalt?“

„Nicht daß ich wüßte, wir fanden nicht gerade freundschaftlich, aber wir hatten auch keine Urjade gehabt, einander Feinde zu sein.“

„Sagen Sie mal, Hansen schlug plötzlich einen anderen Ton an, „Haben Sie irgend einen Verdacht?“ „Nein, meinen Sie das?“

„Nun, wer der Mörder sein könnte?“ „Ich habe wohl falsch verstanden, Herr Kommissar. Mich fragen Sie nach dem Mörder?“

„Natürlich! Weshalb denn nicht? Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, daß Sie nur verdächtig sind, und so lange muß ich damit rechnen, daß jeder andere der Anwesenden ebenfalls als Täter in Frage kommt. Denken Sie also mal nach. Halten Sie es für möglich, daß einer der Herren, die in größerer Entfernung von Herrn Goethe schienen, die Tat begangen haben kann?“

„Nein. Ich habe mir das alles auch schon überlegt.“ „Nehmen also Monsieur Frosch und Sie!“

„Das gebe ich zu. Aber warum verhaften Sie Sie gerade auf mich?“

„Habe ich das gesagt? Es ist nur nicht so einfach, einen Ausländer zu verhaften, zumal gegen ihn so gar keine Anhaltspunkte vorliegen. Aber ich lasse Monsieur Frosch händig überwachen, mit dem Ergebnis bisher, daß der Mann durch einen bösen Zufall in die Sache hineingeraten zu sein scheint. Sie aber...“

„Gegen mich spricht vieles, das mich ich. Doch auch ich habe, wenn auch etwas Negatives, das mich schützt: Die nicht gefundene Motzibücher.“

Hansen lächelte. „Sie lassen mich an meiner einstweilen alleinigen vermundbaren Stelle.“

„Na, ich glaube, es ist auch nicht einmal die einzige!“

„Damit war die Unterredung beendet.“

„Man muß ihm mit einer Witz bekommen, beschloß Hansen, nachdem er ihn hatte abführen lassen. Strenge und Güte helfen nicht, er ist klug und schlau. Und so ließ er Verbach zu sich kommen.“

„Hören Sie, Verbach“, sagte er zu seinem ersten Kommissar, „wir wollen mal anders an Hart heranzutreten versuchen. Sorgen Sie dafür, daß er heute nacht in eine Gemeinschaftszelle kommt, und legen Sie ihm, Sie wissen schon, einen Beamten in Gefängnisfälschung zu, der ihm beibringt, daß der Schlichter betrockelt sei und daß man durch ihn Briefe aus dem Hause schmuggeln könne.“

Verbach nickte. „Aber wird der darauf hereinfallen?“

„Als Hansen am nächsten Nachmittag in sein Büro kam, fand er auf seinem Schreibtisch einen Brief von Werner Hart, adressiert an Frau Helen Zimmermann, Grunewaldallee 12.“

„Sei ruhig und jorge dich nicht, ich werde schwelgen.“

„Also doch! Und an eine Frau!“

Er wird schwelgen... Wozu? Was hat sie getan? Was hat sie zu Äußerungen? Fragen, die unbedingt gestellt werden mußten. Dargen ließ aber den Schlichter zu dem Verbrechen über... Und des Kriminalrats

Gedanken sprangen zu dem Franzosen über, der sich zwar, im Gegenjag zu dem, was er fast gelacht hatte, auffällig benahm, aber an den man doch nicht zu herantönte. Gar zu gern hätte er sich den Herrn schon mal näher angesehen. Hoffentlich machte Krüger, der ihn bewachte, seine Sache gut.

Hansen hatte eben Haris Brief mit einer Karte versehen und ihn zur Beförderung in den nächsten Kasten gegeben, als es klopfte.

Krüger erschien im Türhaken.

„Störe ich?“

„Wenn Sie etwas Wichtiges bringen, nie.“

„Etwas sehr Wichtiges, Herr Kommissar.“

„Na schicken Sie los.“

„Sie entlassen sich, daß Monsieur Frosch bei seiner Vernehmung kein Wort deutsch und redt schlecht französisch sprach.“

„Natürlich, ich habe mich auch schon gefragt, was für eine Sprache er eigentlich spricht.“

„Nun, das kann ich Ihnen jetzt sagen, er spricht fließend deutsch, ich habe ihn belauscht. Aber er spricht auch englisch und ebenso gut französisch. Was sagen Sie dazu?“

„Dah er uns belogen hat. Leider weiß ich nicht, warum. Wo haben Sie ihn belauscht?“

„In meinem Hotel. Und was glauben Sie, mit wem er sprach?“

„Ich kenne die Bekanntschaften des Monsieur Frosch nicht.“

„Mit Herrn Johannes Volter.“

„Ach nein! Der hängt also auch an, Detektiv zu spielen? Will wohl den Sohn seines Freundes herausreißen. Aber das hat er doch nicht nötig, wenn Hart unschuldig ist. Undernfalls nützen ihm seine Recherchen auch nichts.“

„Was soll mit dem Franzosen geschehen?“

„Weichen Sie weiter hinter ihm und lassen Sie herauszufinden, weshalb er nur dann deutsch kann, wenn es ihm paßt. Die Sache hängt an, sich weiter zu verwirren.“

Helen Zimmermann erhielt am nächsten Tage den Besuch zweier Herren, und nur der Zufall wollte es, daß sie den einen empfing und den anderen nicht. Volter, der schon am frühen Morgen erschien, war zu Fuß gekommen, und jeder seiner Bekannten, der ihn gesehen hätte, wie er, den schwermütigen Knecht, der das Plakat sah, würde sich darüber geäußert haben. Denn der alte Herr ging sonst keine drei Schritte mehr zu Fuß. Er besaß ja zwei Wagen, einen schwarzen für seine Fahrten und einen leichten für den Stadterreicht.

(Fortsetzung folgt)

Mr. 15a

